

**ÉCOLES NORMALES SUPÉRIEURES
ÉCOLE NATIONALE DES PONTS ET CHAUSSÉES
ÉCOLE DES MINES DE PARIS
ÉCOLES CENTRALE**

**CONCOURS D'ADMISSION SESSION 2026
FILIERE BCPST
COMPOSITION DE LANGUE VIVANTE ÉTRANGÈRE**

Épreuve commune aux ENS de Lyon, Paris, Paris-Saclay, à l'ENPC, aux Écoles centrale et aux Mines Paris

Durée : 3 heures

L'utilisation des calculatrices n'est pas autorisée pour cette épreuve.

L'usage de dictionnaire est interdit.

Parmi les sujets proposés, le candidat doit traiter celui correspondant à la langue vivante étrangère qu'il a choisie lors de son inscription.

Toute copie rédigée dans une langue qui ne correspondrait pas au choix apparaissant dans le dossier d'inscription définitif du candidat sera considérée comme nulle.

Sujets proposés :

- Allemand (Pages 1 à 4)
- Anglais (Pages 5 à 8)
- Espagnol (Pages 9 à 12)

Tournez la page S.V.P.

ALLEMAND

Doc. 1

Mode macht Müll : Protest zur Fashion Week in Berlin

In Berlin läuft in dieser Woche die Fashion Week. Eine der „Modenschauen“ in diesem Rahmen will jedoch keine Werbung für neue Trends machen. Im Gegenteil: Vor dem Brandenburger Tor ist ein zwölf Meter breiter und dreieinhalb Meter hoher Textilberg zu bestaunen. Davor ein Transparent: „Fast Fashion: Kleider machen Müll“.

Der Haufen besteht aus Altkleidern, die eigentlich auf Deponien in Ghana gelandet wären – hätten sie die Aktivist*innen von Greenpeace, die hinter der Aktion stecken, nicht am Strand und auf dem größten Second Hand-Textilmarkt Westafrikas – dem Kantamanto-Markt – eingesammelt. In einem Container schickten sie die alten Kleidungsstücke anschließend dorthin zurück, woher sie kamen: nach Europa. Tausende Kilometer hat jedes von ihnen zurückgelegt: vom Produktionsland nach Europa, von dort als Second Hand-Ware auf den afrikanischen Kontinent – und nun in die deutsche Hauptstadt. Fast 20.000 Teile sind zusammengekommen. (...)

Greenpeace will mit der Aktion in Berlin konkret auf die Vermüllung in Ghana durch Fast Fashion aufmerksam machen. Nach Angaben des Tony Blair Institute for Global Change ist das westafrikanische Land der weltweit zweitgrößte Importeur von Altkleidern. Eine modische Bereicherung ist das nicht. Stattdessen werden die importierten Textilien zunehmend zum Müllproblem, wie Bilder aus Ghana eindrücklich zeigen.

Eine der Initiatoren der Aktion ist Viola Wohlgemuth. Als Konsum-Expertin befasst sie sich bei Greenpeace seit Jahren mit durch Mode verursachten Umweltschäden und hat sich selbst ein Bild von der Situation in Ghana gemacht. „Unsere Klamotten sind durch die Fast Fashion-Industrie zu Wegwerfartikeln geworden. Sie werden nicht recycelt, sondern einfach als Plastikmüll nach Ghana oder in andere Länder verschifft“, sagt sie. „Unter den Bergen von synthetischem Textilmüll verschwinden ganze Landstriche.“

Und das Problem sei noch weitreichender: Mikroplastik-Fasern, die sich aus der Kleidung lösen, gelangen mit dem Regen in Flüsse, Meere und den Boden. (...) Nach Angaben des Europäischen Parlaments gelangt allein durch das Waschen synthetischer Textilien weltweit jährlich eine halbe Million Tonnen Mikroplastikfasern in die Ozeane – das entspricht 35 Prozent des weltweiten Eintrags von Mikroplastik in die Meere.

Dabei haben viele Hersteller ihrer Unternehmenskommunikation zufolge inzwischen erkannt, wie wichtig Mode-Recycling ist. Fast alle Anbieter geben an, recycelte Fasern zu vernähen. Doch diese Kunstfasern bestehen so gut wie nie aus recycelter Kleidung, sondern zum Beispiel aus alten Plastikflaschen. Nach Angaben von Greenpeace wird auch Baumwolle aus alten T-Shirts und anderen Kleidungsstücken kaum wiederverwertet: Insgesamt bestünden weniger als ein Prozent aller Kleidungsstücke im Bereich Fast Fashion aus recycelten Textilfasern.

Die EU verhandelt aktuell eine erweiterte Herstellerverantwortung für Textilien, die Unternehmen mehr in die Pflicht nehmen soll. Greenpeace hält die Entwürfe für zu schwach, auch deshalb sind die Aktivist*innen vorm Brandenburger Tor. Sie fordert, dass Modemarken für die Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsschäden in der gesamten Lieferkette haften und zu ihrer Vermeidung verpflichtet werden sollen.

Im Dezember 2023 hat die EU ein Vernichtungsverbot für unverkaufte Ware beschlossen. Große Modehändler dürfen in Zukunft dann in der EU keine Bekleidung mehr zerstören. Heute landet neue Ware teilweise in Müllverbrennungsanlagen. Für kleinere Händler gelten jedoch auch nach Eintreten der Verordnung Ausnahmen, für mittelgroße gibt es eine Übergangsfrist von sechs Jahren. Auch wenn dies ein wichtiger Schritt ist, befürchten Experten, dass das Problem nur verlagert wird. Denn wenn die Ware hierzulande nicht mehr vernichtet werden darf, wird die Folge sein, dass noch mehr Textilmüll nach Ghana oder in andere Länder verschifft wird. „Es muss endlich weniger produziert werden“, sagt Wohlgemuth. „Keiner braucht diese Berge an Mode.“

Von Nina Piatscheck - Veröffentlicht am 5. Februar 2024, aktualisiert am 30. Juni 2025

<https://nationalgeographic.de/umwelt/2024/02/mode-macht-muell-protest-zur-fashion-week-in-berlin/>

Doc. 2

<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20201208STO93327/fast-fashion-eu-gesetze-fur-einen-nachhaltigeren-textilkonsum>

Die Folgen von „Fast Fashion“ für die Umwelt – Zahlen und Fakten

Für die Herstellung von Textilien werden große Mengen Wasser sowie Flächen zum Anbau von Baumwolle und anderen Fasern benötigt. Um ein einziges Baumwoll-T-Shirt herzustellen, braucht es schätzungsweise 2.700 Liter Frischwasser, genug, um eine Person zweieinhalb Jahre lang mit Trinkwasser zu versorgen.

Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur war der Textilsektor im Jahr 2020 die drittgrößte Ursache für Wasserverschmutzung und Landnutzung. Im Jahr 2022 erforderte der Textilkonsum pro Person in der EU durchschnittlich 323 Quadratmeter Land, zwölf Kubikmeter Wasser und 523 Kilogramm Rohstoffe.

Die Textilproduktion ist Schätzungen zufolge für etwa 20 Prozent der weltweiten Verschmutzung von sauberem Wasser verantwortlich, vor allem durch Färbeprozesse.

Bei einer einzigen Wäsche von Polyesterkleidung können 700.000 Mikroplastikfasern freigesetzt werden, die in die Nahrungskette gelangen können. Der größte Teil des Mikroplastiks aus Textilien wird bei den ersten Waschgängen freigesetzt. „Fast Fashion“ basiert auf Massenproduktion, niedrigen Preisen und hohen Verkaufszahlen, was viele erste Waschgänge begünstigt.

Jedes Jahr gelangen durch das Waschen synthetischer Textilien mehr als eine halbe Million Tonnen Mikroplastik in die Weltmeere. Zusätzlich hat die Wasserverschmutzung durch die Textilproduktion verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, Tiere und Ökosysteme vor Ort, wo die Fabriken angesiedelt sind.

Auch die Produktion und der Konsum von Textilien tragen zur Klimakrise bei. Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur verursachten die in der EU 2022 konsumierten Textilprodukte durchschnittlich 355 Kilogramm CO₂ pro Person – das entspricht einer Autofahrt von 1.800 Kilometern mit einem Benzinmotor.

Zwischen vier und neun Prozent aller Textilprodukte, die in der EU auf den Markt kommen, werden vernichtet, ohne jemals genutzt worden zu sein. Getragene Kleidung kann zwar exportiert werden, doch der Großteil, etwa 87 Prozent, wird verbrannt oder deponiert.

Auch die Art und Weise, wie sich die Menschen nicht mehr erwünschter Kleidung entledigen, hat sich geändert: Die Kleidungsstücke werden heute eher weggeworfen als gespendet. Weniger als die Hälfte der Altkleider wird zur Wiederverwendung oder zum Recycling gesammelt, und nur ein Prozent wird zu neuer Kleidung recycelt, da Technologien, die das Recycling von Kleidung zu neuen Fasern ermöglichen würden, erst jetzt aufkommen.

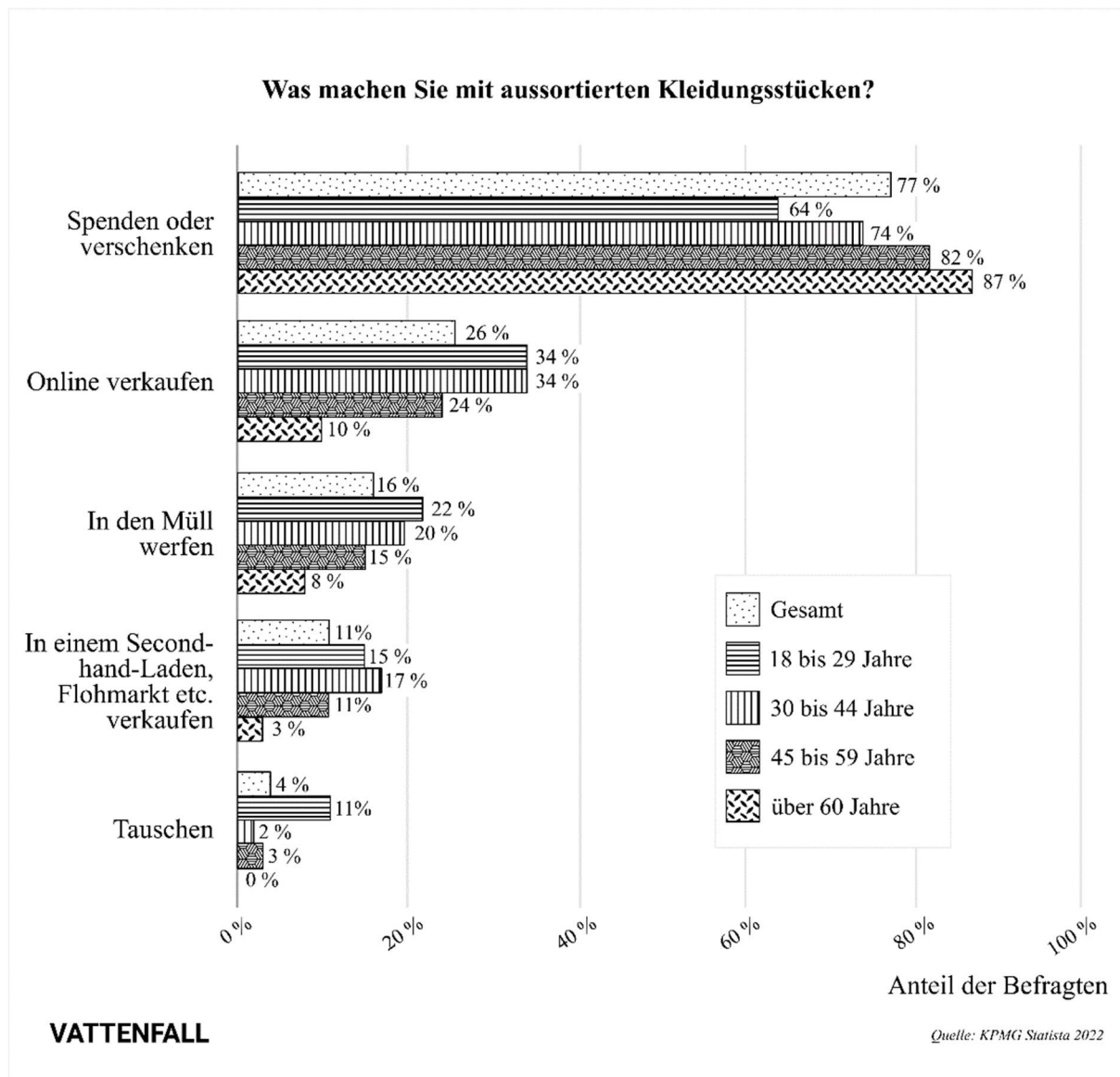
Im Rahmen des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft stellte die Europäische Kommission im März 2022 eine neue Strategie vor, um Textilien haltbarer, reparierbarer, wiederverwendbar und recycelbar zu machen, gegen „Fast Fashion“ vorzugehen und Innovationen innerhalb des Sektors zu fördern. Auf Grundlage dieser Strategie wurden inzwischen mehrere Gesetze verabschiedet.

Im September 2025 verabschiedete das Europäische Parlament neue Regeln, nach denen die EU-Mitgliedstaaten Systeme einführen müssen, die sicherstellen, dass Hersteller die Kosten für Sammlung, Sortierung und Recycling von Kleidung, Accessoires, Schuhen, Decken, Bettwäsche, Vorhängen und optional Matratzen tragen.

Diese erweiterten Herstellerpflichten gelten auch für Produkte, die online verkauft oder von Herstellern außerhalb der EU vertrieben werden. Kleinstunternehmen erhalten ein Jahr länger Zeit zur Umsetzung.

Die Regeln ändern die bestehende Abfallrahmenrichtlinie. Seit Januar 2025 sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, Textilien getrennt für Wiederverwendung und Recycling zu sammeln.

Im Jahr 2024 billigte das Parlament eine neue Ökodesign-Verordnung. Ökodesign bedeutet die Einbeziehung von Umweltaspekten in die Produktentwicklung mit dem Ziel, Waren mit möglichst geringen Umweltauswirkungen während ihres gesamten Lebenszyklus herzustellen. Die Vorschriften betreffen auch die Modebranche und legen Mindeststandards für Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Energieeffizienz und Recycling fest.



<https://www.vattenfall.de/infowelt-energie/fossilfrei-leben/kleider-spenden>

1. Synthèse de documents (/8) (250 mots, +/- 10%)

Analysieren Sie anhand der vorliegenden Dokumente die Maßnahmen, die zu einem nachhaltigeren Umgang mit Kleidungsstücken beitragen sollten! Beziehen Sie sich auf die Dokumente wie folgt. (doc. 1, doc. 2, doc. 3)

2. Expression écrite (/8) (250 mots, +/- 10%)

Meinen Sie, dass die von der Europäischen Union beschlossenen Regeln, um gegen Fast Fashion vorzugehen, wirksam sein können?

3. Traduction: (/4)

Der Haufen besteht aus Altkleidern, die eigentlich auf Deponien in Ghana gelandet wären – hätten sie die Aktivist*innen von Greenpeace, die hinter der Aktion stecken, nicht am Strand und auf dem größten Second Hand-Textilmarkt Westafrikas – dem Kantamanto-Markt – eingesammelt.

ANGLAIS

Doc. 1

The Guardian – December 19th 2025

<https://www.theguardian.com/us-news/2025/dec/19/rfk-jr-anti-vaccine-group-measles-outbreak>

Anti-vaccine group once led by RFK Jr circulates false assertions amid measles outbreak

Children's Health Defense using familiar playbook to defend health secretary as it downplays dangers of disease and exaggerates risks of vaccines, public health experts say

The non-profit group that Robert F Kennedy Jr built into a giant of the anti-vaccine movement is defending its old boss even as the US health secretary presides over the worst year for measles in more than 30 years. Three people have died and 1,958 people have been reported infected with measles in the US this year, according to the US Centers for Disease Control and Prevention. In South Carolina, 224 people are in quarantine amid an outbreak that has sickened 144 people. Most are unvaccinated children.

Children's Health Defense, or CHD, which Kennedy led from 2015 to 2024, produces a daily stream of articles and videos stoking fear about vaccines and falsely suggesting that the risks associated with vaccine-preventable diseases are exaggerated. (...) As measles spread through the US this year, Kennedy has made statements that undermined confidence in the measles vaccine and the public health response, experts said. In one interview with CBS, he said "people should get the measles vaccine", but then raised concerns about whether it was adequately safety-tested (...). The CDC says two doses of the MMR vaccine, which protects against measles, is 97% effective. (...)

Public health experts said the article published by CHD this month was just the latest example of how the group was working off a familiar anti-vaccine playbook to defend Kennedy, downplay the dangers of disease and exaggerate the risks of vaccines – making it seem that it was worse to get vaccinated than to get sick, when the opposite is true. (...) Public health experts said Kennedy's leadership had hurt efforts to contain measles.

"Even if he's not responsible for the actual start of the outbreak, he is most certainly responsible for the spread of the outbreak," said Amy Pisani, CEO of the advocacy group Vaccinate Your Family.

It's not the first time CHD has mobilized this year around an outbreak. In a measles outbreak in Texas earlier this year, CHD encouraged people not to get vaccinated and traveled there to produce videos saying measles wasn't so dangerous (...). The group's activities in Texas became a vehicle to scare parents away from getting their children vaccinated and drove them toward alternative treatments that are not effective, said Rekha Lakshmanan of the Texas-based Immunization Partnership.

"CHD makes a lot of assertions that aren't accurate," Lakshmanan said. Those false assertions become a distraction from the reality that vaccines can help keep children alive and protected from disease, she added.

The group's work is notable at a time when a new study found what researchers called an emerging online "health communication void" around measles. They said the CDC had posted just 10 times about measles across three social media platforms between January and August, far less than the average of 45.8 posts during that time frame in the past four years. From 2021 to 2024, 82% of posts promoted routine or "catch-up" measles vaccination, but not a single post from 2025 emphasized routine vaccination, the study found. (...)

Doc. 2

Health Policy Watch – January 6th 2026

<https://healthpolicy-watch.news/us-alters-childhood-vaccine-schedule-drops-six-common-vaccines/>

US Shrinks Childhood Vaccine Schedule; Drops Six Common Vaccines from CDC Recommendations

Among the core vaccines no longer recommended for all children are those that protect against rotavirus, RSV, influenza, meningococcal disease, hepatitis A, and hepatitis B.

US health officials announced Monday an overhauled version of the vaccines recommended to infants and adolescents, shrinking the number of diseases for which vaccines should be administered from 17 to 11. The decision follows a December 5, 2025 directive from President Donald Trump to the US Centers for Disease Control and Prevention (CDC) to review the US childhood vaccine schedule in comparison to those of wealthy, peer-nations, citing Denmark, Germany and Japan in particular. The revisions now mean that the US will go from being one of the developed nations with the highest number of diseases covered – to one of the lowest – according to Health and Human Services’ own analysis. (...)

Among the core vaccines CDC will no longer recommend for all children are those that protect against rotavirus, influenza, meningococcal disease, hepatitis A, and hepatitis B (HBV). The CDC also dropped a relatively new recommendation for newborns to be vaccinated against Respiratory Syncytial Virus (RSV) – if their mothers had not been previously vaccinated. RSV is the single largest cause of childhood hospitalizations in the US today, burdening the healthcare system with 80,000 hospitalizations a year. (...)

But the overhaul also is an unprecedented departure from the evidence-based process the US previously used to decide its vaccine schedule. Normally an independent federal advisory panel of experts would review studies and data for each vaccine before publishing recommendations. In this instance, CDC director O’Neill issued the changes in a memorandum responding to a request by Trump for such a review only a month ago – and with the underlying analysis based on a comparison of schedules in other nations. (...)

“This is health policy malpractice at the highest level and must be reversed before children and families suffer,” said Dr George C Benjamin, executive director of the American Public Health Association. (...)

Traditionally, the US has recommended slightly more vaccines, on average, than “peer” nations. However, the US also continues to face surges of measles, hepatitis A, RSV, and other infectious diseases. The other problem with policy decisions based on comparisons with other high income countries experts say, is that the US has a far larger, and more sickly, population that often lacks access to primary healthcare (...). Denmark and Japan’s healthier population, more robust healthcare systems, surveillance, testing, and social support mean there is less of a reliance on vaccines.

“We have fragmented insurance, we’ve got millions uninsured, we don’t have a national health registry and we’ve got enormous gaps in the continuity of care,” said Dr. Jake Scott, an infectious disease specialist at Stanford University School of Medicine. “And we use broader vaccine recommendations because our system can’t reliably identify and follow up with every person at risk.” (...)

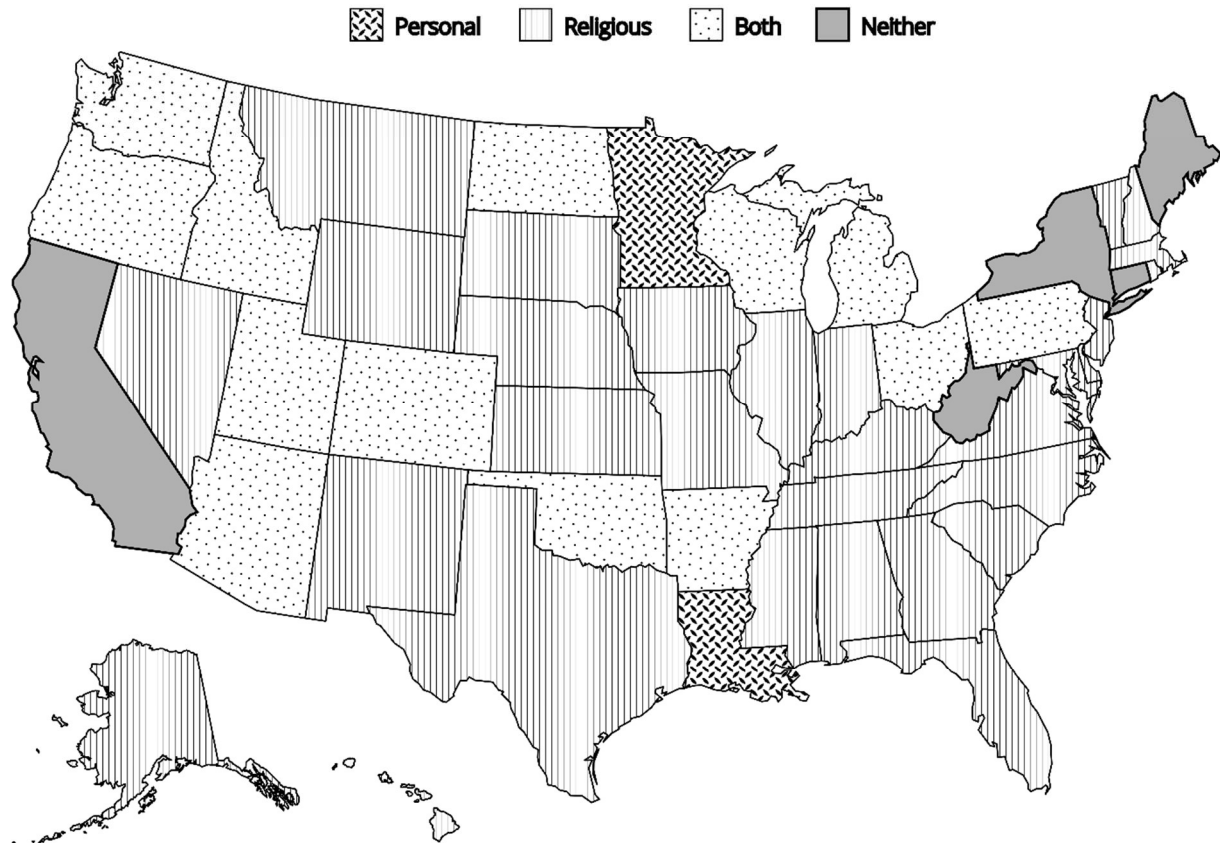
The vaccines dropped from the CDC’s recommendations should still be covered by health insurance systems – the new CDC policy also states. But it is unclear whether health insurers in the US’s fragmented public health system will in fact guarantee continued access for all of those who would like to get a shot – once the actual CDC recommendation has been removed. (...)

Doc. 3

NBC News – January 7th 2026

<https://www.nbcnews.com/data-graphics/track-measles-outbreak-cases-us-map-rcna198932>

Non-medical exemptions policies for school immunizations



Adapted from: National Conference of State Legislatures

Graphic: Ash Reynolds / NBC News

Consignes

Synthèse de documents (/8) (250 mots, +/- 10%)

Using the three documents, examine how recent changes in vaccination policy in the United States may raise concerns in regards to public health. Refer to the documents as *doc. 1*, *doc. 2* and *doc. 3*.

Expression écrite (/8) (250 mots, +/- 10%)

To what extent should public health decisions – such as vaccination directives – be guided by political or ideological considerations rather than scientific expertise? Feel free to share any insight or information you believe is relevant.

Traduction (/4)

The other problem with policy decisions based on comparisons with other high income countries experts say, is that the US has a far larger, and more sickly, population that often lacks access to primary healthcare. Denmark and Japan's healthier population, more robust healthcare systems, surveillance, testing, and social support mean there is less of a reliance on vaccines.

ESPAGNOL

Doc. 1

El País – 16 de diciembre de 2025

<https://elpais.com/espana/elecciones-extremadura/2025-12-16/la-comarca-con-mayor-renta-de-extremadura-teme-por-el-cierre-de-almazar-al-gobierno-no-le-va-a-quedar-mas-remedio-que-prorrogar.html>

La comarca con mayor renta de Extremadura teme por el cierre de Almaraz: “Al Gobierno no le va a quedar más remedio que prorrogar”

Siete de los diez municipios con más renta de Extremadura se concentran alrededor de la central nuclear de Almaraz (Cáceres). Sus dos reactores, de principios de los años ochenta y cuyo cierre estaba previsto para 2027 y 2028, se han convertido en otro elemento de división de la crispada política nacional mientras los 40.000 habitantes del Campo Arañuelo soportan la incertidumbre de saber que se están jugando la fuente principal de los ingresos de la comarca.

“Si la cierran, la comarca se convertirá en un desierto. Solo quedarían los jubilados. Y se acabó”, sentencia Fernando Muñoz, de 40 años y contratista de la central, mientras saca dinero de un cajero en la plaza de España de Almaraz (1.760 habitantes). “Sería un perjuicio para todos los pueblos de los alrededores, da muchos trabajos directos e indirectos, por no hablar de las épocas de recarga de la central”, comparte Cristina Jiménez, maestra de 36 años. Almaraz lidera la renta neta media en Extremadura, con 16.641 euros por persona, según los últimos datos disponibles del INE, de 2023. Le sigue muy de cerca Romangordo (240 habitantes), con 16.620 euros y cierra el podio Belvís de Monroy (15.406 euros de renta media y 740 habitantes), ambas en la misma zona. La renta media de Extremadura fue de 12.326 euros en 2023 y la española de 15.036 euros.(...)

PP y Vox defienden la prolongación de la vida útil de Almaraz, solicitada hasta 2030 por las empresas dueñas, Iberdrola, Endesa y Naturgy. El líder de la ultraderecha española, Santiago Abascal, estuvo el lunes en el municipio —el resto no lo ha hecho—, donde acusó a la presidenta regional y candidata popular, María Guardiola, de compartir con el PSOE las “políticas del fanatismo verde que arruinan el campo”. Guardiola ha prometido una rebaja progresiva de la ecotasa a la central nuclear, que dejaría en 45 millones de euros en 2029 frente a los 80 millones actuales. El Gobierno, que ha mantenido una posición ambigua, se ha abierto en los últimos meses a conceder una prórroga, pero sin concesiones fiscales. (...)

“La seguridad va por delante, eso lo primero. El problema es que no hay una alternativa a la central y será la muerte de toda esta zona. Hemos visto lo que ha pasado con las cuencas mineras y de transición justa nada. ¡Cero!”, afirma Juan Antonio Díaz, de 57 años y alcalde socialista de Almaraz. De los 10,6 millones de euros de presupuesto municipal, casi 4,5 millones los aporta la central por el impuesto de bienes inmuebles de características especiales y el impuesto de actividades económicas, según datos de la Diputación de Cáceres. La plantilla municipal es de 130 trabajadores (100 más en verano) y hay centro de salud, centro de día, residencia de ancianos, servicio de ayuda a domicilio, guardería, biblioteca... El monumento de chapa y cerámica inaugurado en 2023, que reproduce a escala la central, resume la gratitud que se le profesa “por contribuir al crecimiento del municipio y mejora de la calidad de vida de sus vecinos”, reza una placa.

<https://www.energias-renovables.com/panorama/almaraz-dos-reactores-nucleares-incapaces-de-parar-20251127>

Almaraz: dos reactores nucleares incapaces de parar un apagón e incapaces de traer el tren a Extremadura

"Extremadura ha instalado más de 7.000 megavatios de renovables en los últimos años y tiene 16.000 adicionales previstos hasta 2030, más que suficientes para cubrir la producción de Almaraz. Las tecnologías actuales de almacenamiento ya permiten dar estabilidad al sistema. Las renovables no son una promesa: son una realidad viable". Lo dicen Adenex, Greenpeace y Ecologistas en Acción en un manifiesto titulado "No a la prórroga de Almaraz". El documento denuncia cómo "la industria nuclear está presionando para prolongar un modelo energético obsoleto, sucio, caro y peligroso, ocultando que cada año extra de funcionamiento de la central de Almaraz aumenta el riesgo de accidente de una instalación claramente envejecida en un contexto en el que no existe ni siquiera un plan de evacuación externa para la población circundante en caso de accidente".

Frente a ese escenario, las tres organizaciones ecologistas proponen "políticas de transición justa adecuadas", que habrán de pasar por "el desmantelamiento, la descontaminación y la sustitución por energías limpias", todo lo cual -sostienen- supondrá la creación de empleos "para toda la región y para el país". Diversos estudios, como el realizado por Abay, predicen -avanzan desde Adenex- más de 300.000 nuevos empleos "asociados al cierre y sustitución de los reactores en todo el estado español".

El ejemplo más vigente de que, una vez cerrada la central, no se acaba el trabajo lo da en tiempo presente Vandellós. La central nuclear de Vandellós I, fuera de servicio (tras un accidente) desde 1989, no ha alcanzado aún siquiera la fase 3 de desmantelamiento, que comenzará en 2030, es decir, 41 años después del incendio que obligó a su desconexión. El desmantelamiento del parque nuclear nacional, (más allá de ese caso concreto) tiene muchos años de trabajo por delante pues. El séptimo Plan General de Residuos Radioactivos, aprobado hace unos meses, maneja el horizonte del año 2100, o sea, que va a haber trabajo para rato. (...)

Las compañías propietarias de los siete reactores nucleares que aún operan en España (Iberdrola, Endesa, Naturgy y EDP) firmaron en marzo de 2019 un "protocolo de cierre ordenado de explotación" con la Empresa Nacional de Residuos Radioactivos SA (Enresa), con un calendario de cierre para todo el parque nuclear nacional. La fecha de cierre fijada en el calendario para Almaraz es 2027 (cuarenta y siete años tendrá entonces ese reactor), mientras que la fecha prevista para el cierre de Almaraz II es 2028 (cuarenta y cinco años tendrá entonces ese segundo reactor).

La jerga nuclear denomina "sucesos notificados" a las averías que sufren las centrales nucleares (averías que los propietarios de estas instalaciones deben notificar al Consejo de Seguridad Nuclear, CSN). Pues bien, los siete reactores que aún operan en España han sumado hasta 37 "sucesos notificados" en el año 2024 (seis de ellos, en Almaraz, cuyo territorio, 40 años después del comienzo de la operación de la central, no cuenta con "un plan de evacuación externa para la población circundante en caso de accidente", recuerdan los firmantes del manifiesto.

Doc. 3

El diario de La Rioja – 3 de noviembre de 2025

<https://www.eldiadelarioja.es/noticia/z49e05ed8-eda4-4ff5-81f7c8f98b4bcbf9/202510/almaraz>



Síntesis de documentos (/8) (250 palabras, +/- 10%)

Utilizando los documentos proporcionados, analiza cuáles son las principales presiones y contradicciones a las que deben hacer frente los principales actores de la toma de decisiones a la hora de estudiar el cierre de las centrales nucleares. Refiérete a los documentos como doc. 1, doc. 2 y doc. 3.

Expresión escrita (/8) (250 palabras, +/- 10%)

¿Es posible realizar una transición ecológica en el sector de la energía respetando los pilares del desarrollo sostenible: económico, social y ambiental? Siéntete libre de compartir cualquier idea o información que consideres relevante.

Traducción (/4)**Traduce al francés el siguiente párrafo:**

« Si la cierran, la comarca se convertirá en un desierto. Solo quedarían los jubilados. Y se acabó”, sentencia Fernando Muñoz, de 40 años y contratista de la central, mientras saca dinero de un cajero en la plaza de España de Almaraz (1.760 habitantes). “Sería un perjuicio para todos los pueblos de los alrededores, da muchos trabajos directos e indirectos”.

